

und der wahren Freiheit, muß zugleich Vertrauen haben auf die Rückkehr der Besonnenheit und Mäßigung, die Läuterung ge-
trübter Stimmungen; es würde aber einen Mangel dieses Ver-
trauens verrathen, wenn zu dieser Rückkehr man allen den Ab-
geordneten, die nicht unserer politischen Ansicht sind, den Weg
versperren, und die durch die Bottschaft vom 8. d. M. dargebo-
tene Hand zur Einigung in diesem Augenblick schon zurück-
ziehen wollte; es würde darin zugleich eine tiefe Kränkung des
Rechtsbewußtseins derer liegen, welche, den Boden der Verein-
barung festhaltend, in keiner Weise die Zusage, am Ende der
Vertagungsfrist sich zum Vereinbarungs-zwecke den Vertretern der
Krone wieder gegenüber zu sehn, verscherzt zu haben glauben.

Wenn wir diese Erwägungen einem hohen Staatsministe-
rium dringend ans Herz legen, entledigen wir uns einer Pflicht,
zu der uns bei drohender Gefahr, die Liebe zum Vaterlande den
Veruf gab.

Berlin den 18. November 1848.

Der erwählte Ausschuß der Rechten und des rechten Centrums der Nat.-Versf.

(gez.) Walter (Bonn); Baumstark (Greifswald); Hesse
(Solingen); Harfort (Hagen); Müller (Siegen);
v. Meusebach (Münsterfeld).

Constitutioneller Verein zu Ratibor.

Den 22. November 1848. Der zeitige Ordner Keller
laß zuerst den Bericht vor, welchen der Abgeordnete Bassermann
in Frankfurt den 18. November über seine Sendung nach Ver-
lin vorgetragen hat. Hierauf zeigte Schwarck in einem län-
geren Vortrage, daß die Berliner National = Versammlung ihre
Befugnisse überschritten habe

- 1) durch die Nichtanerkennung der vom König gewählten Mi-
nister.
- 2) Dadurch, daß sie ihre, an sich noch rechtlich zu rechtferti-
gende, Weigerung sich nach Brandenburg verlegen zu las-
sen, weiter als auf einfachen Protest ausdehnte.
- 3) Durch die Annahme einer Steuerverweigerung auszusprechen.

Durch dieses und mehrere Aeußerungen hochgestellter Mit-
glieder derselben sei nun endlich der eigentliche Plan der repu-
blikanischen Partei offen hervorgetreten. Er beantragte das frü-
her im Verein mit den städtischen Behörden gegebene Vertrau-
ensvotum zurückzunehmen. Wenzel erklärte hierauf, daß er
zwar mit dem Vorredner in seiner Beurtheilung des entstande-
nen Konflikts nicht, wohl aber darin übereinstimme, daß die letz-
ten Handlungen der Versammlung nur als ein Angriff auf das
constitutionelle Königthum angesehen werden könne. Er bean-
tragte deshalb eine Erklärung, welche die frühere Adresse, von
der er nicht abgehen wolle, vor der Mißdeutung schütze, daß sie

sich auch auf die späteren Handlungen beziehe und nachdem er
eine solche von ihm selbst formulirte vorgelesen, stellt er es frei,
entweder diese anzunehmen oder der inzwischen vom Breslauer
Centralvereine unter dem 21. November erschienenen beizutreten.

v. Lepper erklärte hierauf auch zu des vorligen Redners
Anfrage seine Zustimmung, zumal da er bereits mündlich einen
ähnlichen angemeldet hatte, und suchte ihn des weitern zu mo-
tiviren. v. d. Decken legte hierauf noch einmal die allmählich
sich steigenden Schritte der N. V. vor Augen, und Klapper er-
führte durch, daß die Adresse der städtischen Behörden sehr vor-
sichtig und richtig abgefaßt gewesen, und er gegen eine Zurück-
nahme derselben protestiren müsse. Die Schritte der N. V.
seit jener Zeit aber hätten die frühere Hoffnung auf Besonnen-
heit und Mäßigung durchaus nicht gerechtfertigt, und namentlich
erscheine der Auspruch der Steuerverweigerung fast nur als
ein Mittel um sich eine persönliche Genugthuung zu verschaffen,
sei aber in seiner Wirkung auf das Land tief zu beklagen.
Hierauf erklärt Schwarck, daß er jetzt ebenfalls dem Antrage
von Wenzel beitrete und seinen frühern zurückziehe.

Nachdem hierauf Vertrat noch erinnert, daß die zu erlas-
sende Erklärung in die öffentlichen Blätter gerückt werden möge,
was aber auch schon von den Antragstellern beabsichtigt war,
so wurde über den Antrag von Wenzel abgestimmt und derselbe
fast einstimmig angenommen.

Zuletzt beantwortete Wenzel noch die im Fragekasten vor-
gefundene Frage über das Ministerium Brandenburg. Die Er-
klärung des Vereins lauter folgender Maßen:

Der unterzeichnete constitutionelle Verein hat am 13. d. Mts.
sich einer Adresse der hiesigen städtischen Behörden an die Na-
tionalversammlung zu Berlin angeschlossen. Nachdem dieselbe
aber nicht dabei stehen geblieben ihre Rechte zu wahren, nach-
dem sie sich als die einzige Macht im Staate betrachtet, un-
insbesondere eine Steuerverweigerung beschlossen, nachdem durch
die amtliche Mittheilung des Unterstaatssekretär Bassermann in
der Nationalversammlung zu Frankfurt die Bedingungen bekannt
geworden, die ihm zur Beilegung des Konflikts mit der Krone
eröffnet worden sind, verwahrt sich der unterzeichnete c. V. in
Übereinstimmung mit der Erklärung des Centralvereins zu
Breslau vom 21. d. Mts. hiermit öffentlich und auf das Ent-
scheidendste gegen die Annahme, als beziehe sich seine Erklärung
v. 13. über die damals hier bekannten Schritte der National-
versammlung auch auf die ferneren, in denen der Verein viel-
mehr einen offenbaren Angriff auf das constitutionelle Königs-
thum, für das er wirken, an dem er festhalten will, erkennt.

Ratibor den 22. November 1848.

Der constitutionelle Verein,
Der Vorstand.